

Die neue Digitalstrategie der Bundesregierung soll die Potenziale von digitalen Technologien zielgerichtet erschließen. Viele der Handlungsfelder und Hebelprojekte betreffen die kommunale Ebene – insbesondere, wenn es darum geht, notwendige Entwicklungen schnell und flächendeckend umzusetzen. Das kann jedoch nur gelingen, wenn die kommunale Kompetenz wesentlich stärker eingebunden wird – sowohl strategisch als auch in der fachlichen Umsetzung.



Foto: © ??? – stock.adobe.com

Kommunen als Erfolgsfaktor der digitalen Transformation

Denn nur wo Menschen gemeinsam leben und arbeiten, werden Herausforderungen konkret und befördern Ideen, Mut und Leidenschaft bei der Suche nach neuen Lösungen. Diese Erkenntnis gilt auch für die Gegenwart mit ihren zahlreichen und vielfach miteinander verwobenen Herausforderungen. Die Aktivitäten der Städte, Kreise und Gemeinden sind folglich entscheidend dafür, ob und wie die Bewältigung des Klimawandels, die Umsetzung der Energiewende, eine umweltgerechte Mobilität, die Entwicklung von neuen Bildungs- und Kulturlandschaften oder/und die nachhaltige Sicherung eines solidarischen und demokratischen Gemeinwesens gelingt. Dabei kommt auf allen föderalen Ebenen

der gezielten Erschließung der Potenziale digitaler Technologien aktuell eine Schlüsselrolle zu. Dementsprechend haben Kommunen, Länder sowie der Bund in den vergangenen Jahren bereits Milliardenbeträge in die digitalen Ausrüstungen von Rathäusern und Kreisverwaltungen, Stadtwerken, Schulen, Krankenhäusern und Verkehrsinfrastrukturen investiert. Und dennoch rangiert die deutsche Verwaltung im europäischen Digitalranking nach wie vor nur im hinteren Mittelfeld.

Hebelprojekte – mehr als nur neue Leuchttürme?

Um den erheblichen digitalen Entwicklungsrückstand der Bundesrepublik Deutschland nun endlich ressortübergreifend anzugehen, hat die Bundesregierung in ihrer jüngst vorgelegten Digitalstrategie ein Zielbild für den digitalen Fortschritt formuliert und 18 sogenannte „Hebelprojekte“ definiert. Die Euphorie über das vorgelegte Dokument hält sich in Grenzen – vermutlich auch weil die meisten Akteure im Bereich der IT-gestützten Staats- und Verwaltungsmodernisierung aktuell vor allem noch mit dem längst nicht mehr zu gewinnenden „Finale“ der OZG-Umsetzung beschäftigt sind. Dennoch erscheint es angezeigt, sich die vorgelegte Strategie gerade aus kommunaler Perspektive mal etwas genauer anzuschauen.

Um definierte strategische Leitlinien möglichst schnell konkret werden zu lassen, hat jedes Ressort der Bundesregierung mindestens ein sogenanntes Hebelprojekt beigesteuert. Sie sollen bis 2025 umgesetzt werden.

Marco Brunzel, Vorstand des Kommune X.0 e. V.

Dr. Stefan Ostrau, Digitalisierungsbeauftragter Kreis Lippe und Vorstand des Kommune X.0 e. V.

Matthias Selle, Kreisrat des Landkreises Osnabrück, Vorsitzender des Kommune X.0 e. V. und Vorsitzender des KPV-Bundesfachausschuss Soziales, Bildung und Gesundheit

Max Schulze-Vorberg, Geschäftsführer des Kommune X.0 e. V.

Daten und Infrastruktur

Bei näherer Betrachtung handelt es sich um Förderprojekte mit sehr vielen Schnittstellen zur kommunalen Ebene – beispielsweise im Themenbereich Daten und Infrastruktur: So spricht viel dafür, dass wir digitale Daten in Zukunft auch auf kommunaler Ebene wie einen „Rohstoff“ beziehungsweise eine wertvolle „Ressource“ bewirtschaften werden. Vergleichbar mit den uns gut bekannten Infrastrukturen für Strom, Gas, Wasser beziehungsweise für Verkehr und Mobilität benötigen wir auch für digitale Daten zukünftig die entsprechenden Infrastrukturen. Solche Dateninfrastrukturen entstehen derzeit insbesondere im Bereich der vernetzten Mobilität sowie in Modellprojekten im Kontext von Smart City beziehungsweise Smart Region. Sie unterscheiden sich fundamental von den heutigen IT-Infrastrukturen im Bereich der öffentlichen Verwaltung. Denn wenn beispielsweise alle Daten eines raumbezogenen Genehmigungsvorhabens (Hochbau, Tiefbau, Anlagen, etc.) zukünftig automatisiert in einer gemeinsamen Dateninfrastruktur gespeichert werden, entsteht nach und nach ein digitales Abbild der Realität (ein sogenannter Digitaler Zwilling), mit dem wiederum jeder weitere Planungs- und Genehmigungsprozess interagieren kann. Es lässt sich erahnen, welcher Nutzen sich daraus für eine Kommune erschließen ließe. Diese wüsste so „auf Knopfdruck“ sehr genau, wo welche Versorgungsleitungen liegen, welche Baumaterialien wo verbaut sind, wo welche Baustellen geplant sind beziehungsweise welche Auswirkungen eine halbseitige Straßensperrung auslösen wird. Solche daten- und plattformbasierten Infrastrukturen werden mit großer Wahrscheinlichkeit auch zu einem anderen Verständnis der laufenden Raumbewertung und auch der kommunalen Steuerung führen. Kommunale Cockpits und Dashboards auf der Grundlage valider Daten und wissenschaftlich fundierter Analysen können Diskussionen erheblich versachlichen sowie Ausgangssituationen und Entwicklungsfortschritte (z.B. in der Energieeffizienz, bei den SGDs, etc.) motivierend visualisieren. Diese Entwicklung wiederum wird langfristig erhebliche Auswirkungen auf die gesamte Verwaltungsinformatik haben (Datenzentrierte Verwaltung/Data Driven Government).

Verwaltung und Gesellschaft

Im Themenfeld Verwaltung und Gesellschaft finden sich neben infrastrukturell bedeutenden Themen wie der Einführung eines Ökosystems für sicherere digitale Identitäten zwei Hebelprojekte im Bereich der Aus- und Weiterbildung, einem auch aus kommunaler Perspektive fundamental wichtigen Handlungsfeld. Denn die vielfältigen bereits bestehenden beziehungsweise noch vor uns liegenden Herausforderungen werden ohne motivierte und gut ausgebildete Menschen in den kommunalen Verwaltungen nicht zu bewältigen sein. Dabei gilt es vor dem Hinter-

grund des demographischen Wandels jedoch zusätzlich auch das bestehende Aufgabenprofil der kommunalen Ebene auf den Prüfstand zu stellen. Dies betrifft beispielsweise den dezentralen Vollzug von Aufgaben der Bundes- beziehungsweise der Landesebene. Auf der Basis zeitgemäßer cloud-basierter Portal-, Prozess- und Dateninfrastrukturen können und sollten solche Aufgaben heutzutage weitgehend zentralisiert und automatisiert werden. Hinsichtlich dieser auf kommunaler Ebene u.a. unter dem Stichwort „Dresdner Forderungen“ (siehe KOPO-Ausgabe 05/2022) längst diskutierter Vorschläge finden sich in der neuen Digitalstrategie der Bundesregierung leider nur wenige Ansätze. Daher muss befürchtet werden, dass auch die kommenden Projekte im Bereich der IT-gestützten Staats- und Verwaltungsmodernisierung eher dem Paradigma der „Elektrifizierung“ (wie beim OZG sogar nur der „Zugangswege“) folgen, statt hier die weiter reichenden Potenziale der digitalen Transformation noch stärker ins Visier zu nehmen („Daten statt Dokumente“, Echtes OnceOnly, „Staat als Plattform“, usw.).

Die Bundesländer sind entscheidend

Wenn es gilt, den digitalen Entwicklungsrückstand aufzuholen, ist eine ressortübergreifende Digitalstrategie auf Bundesebene notwendig, aber nicht hinreichend. Ob die strategischen Leitlinien oder die Hebelprojekte ihre angestrebten Wirkungen entfalten, wird auch davon abhängen, wie die Bundesländer bestimmte Vorhaben unterstützen, insbesondere hinsichtlich der Einbindung der kommunalen Ebene. Denn signifikante Entwicklungsfortschritte zum Beispiel im Bereich der digitalen Transformation der öffentlichen Verwaltung oder der öffentlichen Infrastrukturen werden sich nur erreichen lassen, wenn innovative Lösungen möglichst schnell flächendeckend und zugleich intelligent vernetzt zur Anwendung kommen. Dazu haben sich Bund und Länder vor zwei Jahren grundsätzlich auf das sogenannte EfA-Prinzip („Einer für Alle“) verständigt, deren konkrete Umsetzung und Anwendung aktuell jedoch noch vor einigen Herausforderungen steht. Dabei geht es sowohl um technische als auch um finanzielle Fragestellungen.

Leider wurde auch im Prozess der OZG-Umsetzung viel zu spät erkannt, dass Deutschland nach wie vor keine verbindliche Rahmenarchitektur für

Die Hebelprojekte der Digitalstrategie der Bundesregierung		
Daten und Infrastruktur	BMDV: Ökosystem für Mobilitätsdaten	Durch Verknüpfung von Mobility Data Space (MDS) und Mobilthek wird der Aufbau eines zukunftsgerichteten Mobilitätsdaten-Ökosystems unterstützt. Dies verbessert die Verfügbarkeit von Mobilitätsdaten, schafft die Grundlage für digitale Anwendungen und innovative Geschäftsmodelle im Mobilitätssektor und darüber hinaus und stärkt die Entwicklung neuer datenbasierter Mobilitätslösungen.
	BMWSB: Connected Urban Twins	Urbane Digitale Zwillinge bündeln vielfältige Daten zu einem realitätsnahen, digitalen Abbild der Stadt. Durch Visualisierung und Simulation werden komplexe Zusammenhänge besser nachvollziehbar. Das eröffnet neue Möglichkeiten zur Beteiligung der Gesellschaft und schafft eine fundierte Basis für Entscheidungen in der Stadtentwicklung. Das Programm Smart Cities Modellprojekte fördert solche digitalen Lösungen und stärkt die Vernetzung und den Wissenstransfer zwischen Kommunen.
Verwaltung und Gesellschaft	BMI: Ökosystem digitale Identitäten	Digitale Identitäten ermöglichen Bürgerinnen und Bürgern die Speicherung ihres Online-Ausweises und weiterer Nachweise (z. B. Führerschein) direkt auf dem Smartphone. Bürger können sich online bei der Inanspruchnahme von digitalen Verwaltungsleistungen identifizieren/ authentifizieren und Nachrichten der Verwaltung rechtssicher im integrierten Postfach empfangen. Bereit gestellte staatliche digitale Identitäten werden in die BundID eingebunden. Zukünftig soll die BundID im Rahmen einer App auch für mobile Endergäte nutzerfreundlich verfügbar gemacht werden.
	BMG: Elektronische Patientenakte ePA	Mit der ePA als Herzstück digital vernetzter Gesundheitsversorgung werden die bislang an verschiedenen Stellen (z. B. Praxen und Krankenhäuser) existierenden bzw. entstehenden Patientendaten digital integriert. Durch die Möglichkeit der freiwilligen Datenfreigabe wird auch die Forschung und damit die gesamte Gesellschaft im Sinne einer verbesserten Gesundheitsversorgung von der Nutzung der Daten profitieren.
	BMAS: Nationale Online-Weiterbildungsplattform NOWI	Die Plattform ermöglicht es Interessierten, leichter passende Weiterbildungen und Fördermöglichkeiten zu finden und so neue Kompetenzen für die digitale Transformation zu erwerben. Unternehmen werden dabei unterstützt, passende Angebote zu finden, um die Qualifizierungsbedarfe ihrer Beschäftigten zu decken und sich so zukunftssicher aufzustellen. Die Umsetzung erfolgt über die Bundesagentur für Arbeit.
	BMBWF: Digitaler Bildungsraum – Nationale Bildungsplattform NBP	Die NBP wird Bildungseinrichtungen, -anbieter und Content-Produzenten zu einem interoperablen, barrierefreien Bildungs-Ökosystem verbinden, das die Datensouveränität aller Beteiligten gewährleistet. Grundlage dafür ist der gemeinsame Datenraum Bildung und Kompetenzen (auch: GAIA-X, Domäne Bildung) mit gemeinsamen Standards, Formaten und interoperablen Strukturen. Mit einem einzigen Login sollen sich Nutzer im digitalen Bildungsraum bewegen und ihre Daten jederzeit unter Kontrolle haben können.
	BMAS: Civic Innovation Plattform	Die Initiative „Civic Coding – Innovationnetz für das Gemeinwohl“ stärkt Daten- und KI-Kompetenzen der Zivilgesellschaft und bündelt ressortübergreifend Förderprogramme und Unterstützungsmaßnahmen. Durch Plattformen und Begegnungsräume wie der Civic Innovation Plattform (Infrastrukturprojekt und Kernbestandteil der gemeinsamen Initiative Civic Coding) und den KI-Ideenwerkstätten für Umweltschutz wird die gesellschaftliche Vernetzung unterstützt und die Erprobung digitaler Technologien ermöglicht. Darüber hinaus unterstützt das Civic Data Lab zivilgesellschaftliche Organisationen bei der Schaffung gemeinwohlorientierter Datenräume.
	BMFSFJ: Digitale Familienassistenten	Die innovative Informationsplattform rund um Familienleistungen ist Vorreiter für ein modernes Informationsangebot der Bundesregierung. Er entlastet die Bürgerinnen und Bürger gezielt davon, selbst suchen zu müssen, auf welche Leistungen sie Anspruch haben könnten und die dafür notwendigen Nachweise zu beschaffen. Die Erfahrungen mit der Umsetzung können auch anderen Assistenzsystem-Vorhaben als Blaupause dienen.
	BKM: Datenraum Kultur	Für einen Datenraum Kultur soll eine überregionale IT-Infrastruktur eingerichtet werden, die einen dezentralen, sicheren und selbstbestimmten Datenaustausch im Kulturbereich ermöglicht. So sollen für Nutzerinnen und Nutzer u.a. Kulturdaten mit Mobilitätsdaten in Echtzeit verknüpft werden. Zusätzlich werden durch eine erleichterte Verfügbarkeit und die Vernetzung von Kulturdaten digital basierte Angebote und Geschäftsmodelle entstehen.
	BMI: Digitalisierte Justiz – für mehr Effizienz und leichteren Zugang zum Recht	Der Digitalpakt Justiz umfasst die Schaffung eines Portals mit verlässlichen Informationen über die Möglichkeiten, seine Rechte geltend zu machen und einem Online-Tool zur Klageerhebung. Er ermöglicht die vollständig digitale Durchführung von Gerichtsverfahren mit Zeugenvernehmung per Videokonferenz und digitaler Urteilsübermittlung.
	BMF: Einfach und sicher spenden! – digitales Zuwendungsempfängerregister	Ziel ist die vollständige Digitalisierung eines Spendennachweiserfahrens (Abschaffung Spendenquittung) für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen, die an gemeinnützige, mildtätige oder kirchliche Organisationen oder Parteien spenden wollen. Dies umfasst den Aufbau eines Zuwendungsempfängerregisters, die Entwicklung einer App, die sicherstellt, dass das gespendete Geld tatsächlich an der gewünschten Stelle ankommt und die Spende vom Finanzamt der Einkommensteuererklärung steuermindernd berücksichtigt wird. Das Projekt ist ein Angebot zur Unterstützung ehrenamtlichen Engagements.
Wirtschaft und Künstliche Intelligenz	BMUV: Zentrum für vertrauenswürdige Künstliche Intelligenz	Der Ausbau des ZVKI stärkt die Verbrauchersouveränität durch Aufklärung über KI und algorithmische Systeme. Es soll ein Ort der Debatte für gesellschaftliche Fragen zum Umgang mit KI werden und die Entwicklung eines freiwilligen Zertifizierungsschemas für vertrauenswürdige KI-Anwendungen unterstützen.
	BMWK: KIKStart – KI für KMU und Start-ups	Die Kombination von Förderprogrammen unterstützt KMU und Start-Ups bei der Entwicklung von Daten- und KI-Anwendungen. Nachfrageseitig sollen technologische Eintrittshürden gesenkt und die breite Nutzung von KI- und Datenanwendungen im Mittelstand gestärkt werden. Angebotseitig werden insbesondere Start-ups bei der Entwicklung von Daten- und KI-Anwendungen gefördert. Speziell zugeschnittene Matchmaking-Programme helfen beim Aufbau sektorenübergreifender Datenräume.
Wirtschaft und Nachhaltigkeit	BMBF: SynErgie – energie-flexible Industrie	Ein bisher vernachlässigter Baustein der Energiewende ist eine intelligente, digital automatisierte Steuerung der Energienachfrage in der Industrie. Über das Projekt SynErgie und die Entwicklung eines Datenraumes für nachhaltige Energie- und Ressourcennutzung werden Grundlagen für Energiemanagement, Stromnetzstabilisierung, Cyber Security, automatisierte Vermarktung und automatisierte Produktionsplanung geschaffen – eine wichtige Voraussetzung für die verlässliche und günstige Versorgung mit klimaneutraler Energie. Die Ergebnisse sind auf alle Branchen übertragbar.
	BMEL: Nachhaltige Digitalisierung in Landwirtschaft und ländlichen Räumen	Ziel ist es, Ressourcen effizienter einzusetzen, tiergerechter zu wirtschaften, hochwertige Lebensmittel nachhaltig zu produzieren, Arbeitsprozesse zu erleichtern und die Wertschöpfung in ländlichen Räumen zu fördern. Hierzu werden auf Experimentierfeldern in modellhaften Zukunftsregionen die Erprobung und Entwicklung digitaler Anwendungen gefördert. Zentrale Bestandteile sind die übergreifende Vernetzung und ein breites Beratungsangebot für Landwirtinnen und Verbraucher. Die Bandbreite reicht von der Erarbeitung von Forschungsergebnissen bis zum praxisnahen Wissenstransfer.
Sicherheit, Internationales und Außenpolitik	BMVG: Digitales Gefechtsfeld	Mit der „Digitalen Transformation der Streitkräfte“ wird die Durchsetzungsfähigkeit der Streitkräfte auf dem digitalisierten Gefechtsfeld gestärkt. KI bietet die Möglichkeit einer weitgehend automatisierten Überwachung, um bereits im Vorfeld einer Krise das Ausmaß der möglichen Bedrohung besser abschätzen und im Konfliktfall wirkungsvoll und schnell reagieren zu können. Überwachung und Aufklärung werden so ressourcenschonender und weniger gefährlich.
	AA: Digitale und sichere Geheimkommunikation für Regierung und Unternehmen	Die Plattform zum digitalen Datenaustauschsystem für ressortübergreifende VS-Kommunikation (R-VSK) trägt dazu bei, bürokratische Prozesse effizienter zu gestalten. Sie dient dem Informationsaustausch mit internationalen Organisationen (I-VSK) und Firmen mit sehr hohem Schutzbedarf (F-VSK). Sie ist Standardisierungstreiber innerhalb der NATO.
	BMZ: GovStack – Digitale Verwaltungsdienstleistungen nach dem Baukastenprinzip	Die Initiative im VN-Rahmen stärkt weltweit digitale Souveränität und Eigenverantwortung von Regierungen für E-Government-Lösungen. Digitale Bausteine auf Open Source-Basis lassen sich nach Bedarf anpassen, kombinieren und skalieren. Durch Einbindung von Zivilgesellschaft und Wissenschaft werden Menschenrechtsrisiken verringert. Dabei orientiert sich GovStack an europäischen Standards und bezieht europäische Unternehmen ein.

Foto: Kommune X.O e.V.

Hebelprojekte – Neue Digitalstrategie der Bundesregierung

das sichere informationstechnische Zusammenwirken von über 20.000 Verwaltungen an über 40.000 Standorten hat. Ganz zu schweigen von einer Konsolidierungsstrategie für das Zusammenführen von Portal- und Dateninfrastrukturen, Fachanwendungen sowie Rechenzentren. Diesbezüglich gibt es zwar in Bund und Ländern aktuell eine Vielzahl von ambitionierten Projekten (z.B. Portalverbund, Registermodernisierung, Deutsche Verwaltungsc-Cloud) – doch gerade für die kommunale Ebene ist es unmöglich, deren mögliches Zusammenwirken bzw. deren Synergien und/oder Unterschiede zu verstehen. Hier besteht ein dringender Handlungsbedarf!

Dennoch gibt es auch sehr erfreuliche Entwicklungen. So ist es dem im OZG-Themenfeld „Bauen

und Wohnen“ federführenden Bundesland Mecklenburg-Vorpommern gelungen, fast alle Bundesländer davon zu überzeugen, das OZG-EfA-Portal für die „Digitale Baugenehmigung“ bundesweit nachzunutzen und gemeinsam weiterzuentwickeln (siehe auch Seite 22). Doch um bundesweit noch mehr solcher gemeinsamen OZG/EfA-Lösungen in Betrieb nehmen zu können, benötigt die kommunale Ebene deutlich mehr technische, organisatorische, rechtliche und materielle Unterstützung – und hier sind vor allem die Bundesländer in der Verantwortung. Diese haben jedoch teilweise eigene landesweite EfA-Ideen verfolgt – mitunter vielleicht auch um den Einflussbereich sowie die Geschäftsgrundlage eigener IT-Dienstleister „zu sichern“. Aus Sicht einer dringend gebotenen Förderung von interkommunalen Kooperationen auf nationaler Ebene, die sich z.B. im Bereich Smart City/ Smart Region erfreulich gut entwickeln, ist diese „klein-staatliche“ Haltung höchst kontraproduktiv – vor allem wenn es

darum geht, gesamtgesellschaftliche Ziele Deutschlands und der EU so schnell als möglich anzugehen und flächendeckend umzusetzen (Klima, Nachhaltigkeit, etc.).

Zentrale Erfolgsfaktoren für die kommunale Ebene

Aus Sicht des Innovationsnetzwerks Kommune X.O adressiert die neue Digitalstrategie der Bundesregierung die richtigen Handlungsfelder und plant bis 2025 vielversprechend konkrete Umsetzungsprojekte. Dennoch braucht es zur Umsetzung der vorgelegten Digitalstrategie nun dringend eine deutlich stärkere Einbindung kommunaler Expertise. Dafür will und wird sich auch das Innovationsnetzwerk Kommune X.O engagieren. Handlungsleitend dafür sind die folgenden drei aus unserer Sicht fundamental wichtigen Querschnittsthemen, welche für alle fachlichen Handlungsfelder der kommunalen und regionalen Entwicklung (Energie, Verkehr, Gesundheit, Bildung, Infrastrukturen, etc.) gleichermaßen von Bedeutung sind:

1. Föderale IT- und Datenarchitektur verbindlich vereinbaren und standardisieren

Sichere digitale Identitäten, Nutzer- und Unternehmenskonten, Register, OZG/EfA-Anwendungen, FIM, FITKO, FLINK, XÖV, DVDV, INSPIRE, GDI, Elster, Portale, Plattformen, Daten- und Cloudinfrastrukturen, Sensornetze, SmartCity-Anwendungen, Apps, Digitale Zwillinge, Künstliche Intelligenz usw. – die kommunale Ebene braucht dringend mehr als technische, organisatorische und mentale „Wimmelbilder“. Um die Akteure in den unterschiedlichen kommunalen Aufgabenbereichen wirkungsvoll unterstützen zu können, ist eine konsistente Ebenen-übergreifende technisch-organisatorische Architektur erforderlich, mit der sämtliche staatlichen und kommunalen Daten- und Informationsflüsse koordiniert und vernetzt abgewickelt werden können. Nur so können wir den kommunalen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein digitales Arbeitsumfeld schaffen, um gemeinsam die von Bund und Ländern angestrebten ambitionierten Zielsetzungen auch zu erreichen.

2. Neue Kompetenzen und neue Allianzen in der Aus- und Weiterbildung und in Projekten

Alle, die in einem der Digitalisierungslabore der OZG-Umsetzung aktiv mitgearbeitet haben, werden die Erfahrung gemacht haben, welche unglaubliche Energie bei einer gemeinsamen kreativen und dennoch zielorientierten sowie hierarchiefreien und Akteurs-übergreifenden Zusammenarbeit entstehen kann. Die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen werden wir nur im Verbund von Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft bewältigen. Dafür gilt es gerade auf kommunaler Ebene gezielt die nötigen Kompetenzen aufzubauen sowie neue

Führungskonzepte zu etablieren. Neue interkommunale Bildungsinfrastrukturen wie der KommunalCampus setzen genau hier an und bilden zugleich einen wichtigen Baustein im Prozess einer dringend erforderlichen grundlegenden Reform der Aus- und Weiterbildung im öffentlichen Sektor. Denn für die Gestaltung der digitalen Zukunft brauchen wir gerade im Bereich der öffentlichen Verwaltung die klügsten Köpfe und die besten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

3. „Entfesselung“ und Vereinfachung kommunaler Förderprogramme

Die Bereitstellung von Fördermitteln ist wichtig, führt jedoch nicht automatisch zu den gewünschten Ergebnissen - insbesondere dann nicht, wenn für ein aufwändiges Antragsverfahren auf kommunaler Ebene genau die personellen Ressourcen benötigt werden, die nur sehr begrenzt verfügbar und/oder besonders ausgelastet sind. Der Zusammenführung, Vereinfachung und Flexibilisierung kommunaler Förderprogramme kommt daher eine steigende Bedeutung zu. Zudem gilt es in zentralen Handlungsfeldern der Zukunftsgestaltung nicht nur in Förderprogrammen, sondern auch in Investitionsprogrammen zu denken. Die öffentliche Finanzierung und Förderung von Projekten muss so umgebaut werden, dass Fördermittel nicht in „Strohfeuer“-Projekten verpuffen, sondern zwingend bereits zur Laufzeit von Projekten eine Anschlussfinanzierung und/oder Verstetigung gewährleistet ist. ■

INNOVATIONSNETZWERK KOMMUNE X.O E.V.

Die Mitglieder des gemeinnützigen Vereins Kommune X.O e.V. beleuchten nachhaltige Werte des Verwaltungshandels im Kontext der Digitalisierung. Kernziel ist es, Lösungen aufzuzeigen, wie Netzwerke tragfähig wirken können, wenn Akteure aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft interdisziplinär und auf Augenhöhe zusammenarbeiten.

